



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

"Antrag der Abgeordneten Grigorovici, Jokl und Genossen auf Abänderung des § 38 Gesetzes vom 28 Dezember 1887, R. G. Bl. No. 1 ex 1888, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter..."
Wien 21.7.1911

Liczba stron oryginału

2

Liczba plików skanów

3

Liczba plików publikacji

3

Sygnatura/numer zespołu

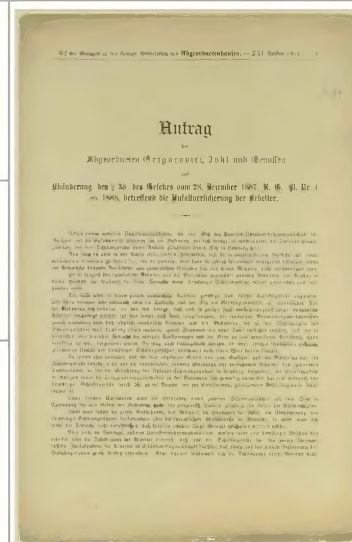
TR 056.024

Data wydania oryginału

1911

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



56.24

Antrag

der

Abgeordneten Grigorovici, Iokl und Genossen

auf

Abänderung des § 38 des Gesetzes vom 28. Dezember 1887, R. G. Bl. Nr. 1
ex 1888, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter.

Neben vielen anderen Unzukömmlichkeiten, die der Sitz der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Galizien und die Bukowina in Lemberg für die Bukowina mit sich bringt, ist insbesondere der Umstand hervorzuheben, daß das Schiedsgericht dieser Anstalt gleichfalls seinen Sitz in Lemberg hat.

Nun liegt es aber in der Natur einer solchen Institution, daß sie in unmittelbarem Verkehr mit jenen versicherten Arbeitern zu treten hat, die sie anrufen; dies kann sie jedoch keinesfalls erfolgreich besorgen, wenn der Ansprüche stellende Versicherte aus sprachlichen Gründen sich mit seinen Richtern nicht verständigen kann.

Es ist speziell der rumänische Arbeiter aus der Bukowina gegenüber anderen Arbeitern des Reiches in dieser Hinsicht im Nachteil, da seine Sprache beim Lemberger Schiedsgericht weder gesprochen noch verstanden wird.

Die Fälle aber, in denen gerade rumänische Arbeiter genötigt sind, dieses Schiedsgericht anzurufen, sind schon deshalb sehr zahlreich, weil die Tatsache, daß der Sitz der Brettsägeindustrie im rumänischen Teil der Bukowina sich befindet, es mit sich bringt, daß auch in großer Zahl versicherungspflichtige rumänische Arbeiter beschäftigt werden. Es sind daher auch Fälle vorgekommen, die modernen Verhältnissen gewiß unwürdig sind, daß nämlich rumänische Arbeiter aus der Bukowina, die zu den Tagssitzungen des Schiedsgerichtes nach Lemberg reisen mußten, gleich Stummen mit einer Tafel versehen wurden, auf der in polnischer oder deutscher Sprache die nötigen Aufklärungen und die Bitte an das mitreisende Publikum, ihnen behilflich zu sein, verzeichnet waren. Es mag auch dahingestellt bleiben, ob unter solchen Umständen zustande gekommene Urteile des Lemberger Schiedsgerichtes überhaupt noch einen Wert haben können.

Es leiden aber darunter, daß für das ungeheure Gebiet von ganz Galizien und der Bukowina nur ein Schiedsgericht besteht, nicht nur die rumänischen, sondern überhaupt alle versicherten Arbeiter des genannten Territoriums, da seit der Errichtung der Unfallversicherungsanstalt in Lemberg besonders die Erdölindustrie in Galizien sowie die Holzgewinnungsindustrie in der Bukowina sich gewaltig entwickelt hat und demnach das Lemberger Schiedsgericht durch die große Anzahl der zur Entscheidung gelangenden Fälle ungemein überbürdet ist.

Unter solchen Umständen wäre die Errichtung eines zweiten Schiedsgerichtes mit dem Sitze in Czernowitz für das Gebiet der Bukowina nicht nur zeitgemäß, sondern geradezu ein Gebot der Notwendigkeit.

Zieht man daher die große Ausdehnung des Gebietes, die Häufigkeit der Fälle, die Überbürdung des Lemberger Schiedsgerichtes, insbesondere aber die sprachlichen Verhältnisse in Betracht, so wird man sich wohl der Tatsache nicht verschließen, daß hier im raschen Wege Wandel geschaffen werden müsse.

Aber auch im Sprengel anderer Unfallversicherungsanstalten werden laute und berechtigte Beschwerden erhoben über die Schädigung der Arbeiter dadurch, daß nur ein Schiedsgericht für den ganzen Sprengel besteht. Insbesondere die Arbeiter in Schlesien klagten lebhaft darüber, daß ihnen aus der großen Entfernung des Schiedsgerichtes große Kosten erwachsen. Aber darauf beschränkt sich die Schädigung dieser Arbeiter nicht.

Viel ernster ist es noch, daß das Schiedsgericht Arbeiter häufig aus Furcht vor den großen Kosten gar nicht vorladet und infolgedessen Fehlurteile gefällt werden. Auch hier wäre also die Errichtung eines besonderen Schiedsgerichtes für Schlesien mit Rücksicht auf die große Zahl von unfallversicherungspflichtigen Arbeitern dringend geboten.

Da das heutige Gesetz die Befriedigung dieses Bedürfnisses nicht ermöglicht, stellen die Gefertigten den Antrag:

Das Haus wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Gesetz

vom

betreffend

die Ergänzung des § 38 des Gesetzes vom 28. Dezember 1887 über
die Unfallversicherung der Arbeiter.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen,
wie folgt:

Artikel I.

Der erste Absatz des § 38 des Gesetzes vom 28. Dezember 1887, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter, ist durch folgenden Satz zu ergänzen:

Wo für mehrere benachbarte Länder eine Unfallversicherungsanstalt besteht, ist für jedes dieser Länder ein besonderes Schiedsgericht zu errichten, wenn das praktische Bedürfnis insbesondere mit Rücksicht auf die Zahl der unfallversicherungspflichtigen Arbeiter dies erfordert, in jedem Falle aber dann, wenn die sprachlichen Verhältnisse dieser Länder verschieden sind.

Artikel II.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird der Minister des Innern betraut.

Formell wird beantragt, diesen Antrag ohne erste Lesung dem Justizauschusse zuzuweisen.

Wien, 21. Juli 1911.

Riese.
Schiegl.
Leuthner.
Weiguny.
Palme.
Op. Winarsky.

Abram.
Silberer.
Dr. Schacherl.
Hillebrand.
Glückel.
Bretschneider.

Resel.
Reifmüller.
Jof. Tomisch.
Seliger.
Schäfer.
L. Widholz.

Grigorovici.
Jokl.
Schuhmeier.
K. Seig.
Hanusch.
Bernertorfer.
Smitka.